



## Alles fürs Wohlergehen

In Hamburg erhalten Sexarbeiterinnen anonyme Hilfe und Beratung. **Seite 3**

Foto: 123rf/akz

## Alle gegen VW?

Eine Initiative um Peter Grottian sagt dem Konzern den Kampf an. **Seite 9**

## Alles im Sortiment

Christian Lindner hat die FDP für das Wahljahr 2017 von einer Einthemenpartei zur Einmannpartei umgebaut. Sonst ändert sich nichts. **Seite 5**



Foto: imago/Eibner

# neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Freitag, 6. Januar 2017

72. Jahrgang/Nr. 5 Bundesausgabe 1,70 € www.neues-deutschland.de

## STANDPUNKT

### Die billige Schweinerei

Fabian Lambeck fragt sich, wie man die Fleischeslust zügeln kann

Fleisch ist zu billig, weil bei der Preiskalkulation die langfristigen Folgen für Mensch und Natur nicht berücksichtigt werden. Hierzu zählt auch der Klimawandel, der durch Emissionen aus der Tierhaltung und Futtermittelbau auf vormaligen Regenwaldflächen noch beschleunigt wird. Was also tun? Ein Ansatz ist, dem Konsumenten klar zu machen, dass die »wahren Kosten« der Fleischproduktion durch die 1,99 Euro fürs halbe Kilo Schweinehack nicht gedeckt sind. Man könnte also an der Preisschraube drehen und Fleisch deutlich teurer machen. Da reicht eine Mehrwertsteuererhöhung, wie sie das Umweltbundesamt fordert, nicht aus. Dass sich aber nur noch Reiche ein Schnitzel leisten können, kann man als Linker eigentlich nicht wollen.

Wer allein auf den Bewusstseinswandel setzt, der verkennt offenbar die menschliche Natur. Das zeigen die entsprechenden Verbrauchsstatistiken. Laut Bundesernährungsministerium verzichten nur drei Prozent der Deutschen auf Fleisch und Wurst. Allerdings gibt es mehr und mehr Menschen, die sich der Folgen der Massentierhaltung bewusst sind, ihren Fleischkonsum zumindest einschränken und zum Bio-Schnitzel aus artgerechter Haltung greifen. Nur kann sich das wiederum nicht jeder leisten. Anstatt also Subventionen zu streichen, sollte die Bundesregierung eine gesunde und möglichst klimaneutrale Ernährung unterstützen. Es sollte nicht nur gesünder, sondern auch billiger sein, sich bewusst zu ernähren.

## UNTEN LINKS

In Deutschland, dem Land der Originale (Kegelsport, Brausepulver, Hitler), führt das Ersatzprodukt nach wie vor ein Schattendasein. Das ist bedauerlich. Zumal da viele sogenannte Ersatzprodukte tatsächlich dem, das sie ersetzen sollen, in nichts nachstehen: Wer bisher etwa auf die schlaffördernde Wirkung von Valium schwor, wird positiv überrascht sein, wenn ihm auffällt, dass sich dasselbe Ergebnis ohne weiteres durch einen flüchtigen Blick auf den Grünen-Politiker Anton Hofreiter erzielen lässt. Andere Beispiele gefällig? Eine fein abgestimmte Mischung aus Kleister und grobem Sägemehl schmeckt nicht nur erheblich besser, sondern ist auch weitaus nahrhafter als das Ding, das in Berlins Fleischereien und Kantinen als »Bulette« angeboten wird. Und bilden am Ende die versteuerte Miene Til Schweigers und das hilflose Grimassieren Matthias Schweighöfers die gegenwärtige Realität in Deutschland nicht besser ab, als jeder echte Schauspieler es jemals könnte? *tbl*

## Syriens Waffenruhe in Gefahr

Konflikt am Wadi Barada und Bombenattentat unterminieren junge Vereinbarung



Rauch am Wadi Barada in der Nähe von Damaskus, vermutlich nach Beschuss durch Regierungstruppen

Foto: Step News Agency/AP/dpa

Damaskus. Rauch steigt auf am Wadi Barada, nahe Damaskus, ein Anzeichen für Bombentreffer. Der Wadi ist eine der Wasseradern für die syrische Hauptstadt und liegt im Herrschaftsbereich regierungsfeindlicher Rebellen. Diese, so der Vorwurf aus Damaskus, hätten den Fluss abgeriegelt und so eine Wasserversknappung in der Millionenstadt verursacht. Die Regierungsseite hat dies mit Bombardierungen beantwortet.

Gelöst ist das Problem damit offensichtlich nicht, im Gegenteil. Der fragile Waffenstillstand für Syrien, vereinbart zwischen Russland und der Türkei, auch Iran ist mit im Boot,

an dem die Hoffnung von Millionen Syrern für das neue Jahr hängt, ist damit schon wieder ernsthaft gefährdet, ganz in die Brüche zu gehen.

Wird die noch immer wundersame Allianz Ankaras mit Moskau halten? Das hieße, dass beide Mächte ihre Verbündeten im Lande – für die einen verschiedene Gruppen der bewaffneten Regierungsgegner, für die anderen eben jene Regierung – zur Mäßigung drängen. Es ist gewissermaßen ein Lackmusestest dafür, wie ernst Russland und die Türkei ihr erklärtes Vorhaben eines im Prinzip für das ganze Land geltenden Waffenstillstandes nehmen, was sie

dafür zu unternehmen bereit sind und was sie ausrichten können. Ähnliches gilt für Iran.

Aus Teheran kam am Donnerstag die Aufforderung an Ankara, die Situation in Syrien nicht »noch komplizierter« zu machen. Die türkische Regierung hatte zuvor Iran für die Verletzung der Waffenruhe verantwortlich gemacht. Diese wird noch mehr von anderer Seite untergraben. In der Küstenstadt Dschableh sind laut AFP bei einem Anschlag mit einer Autobombe am Donnerstag mindestens 14 Menschen getötet worden. Die Stadt gehört zum von der Regierung kontrollierten Gebiet. Der Frieden ist noch weit. *roe*

Seite 2

## Behörde will höhere Steuern auf Fleisch

Umweltbundesamt verweist auf klimaschädliche Folgen der Tierhaltung

Weil Schweine und Kühe den Klimawandel beschleunigen, sollte für Fleisch und Milch nicht mehr der ermäßigte Mehrwertsteuersatz gelten, meint die ChefIn des Umweltbundesamtes.

Von Fabian Lambeck

Noch gilt für Fleisch und Milch der ermäßigte Mehrwertsteuersatz von sieben Prozent. Doch die Präsidentin des Umweltbundesamtes (UBA) will das ändern: »Tierische Nahrungsmittel sollten künftig mit den regulären 19 Prozent besteuert werden«, sagte Maria Krautzberger den Zeitungen der Funke Mediengruppe vom Donnerstag. »Im Gegenzug könnte der Staat die zusätzlichen entstehenden Steuereinnahmen von rund 5,2 Milliarden Euro verwenden, um den ermäßigten Mehrwertsteuersatz von derzeit sieben Prozent noch weiter zu senken.« Krautzberger schlug vor, mit den frei werdenden Mitteln zum Beispiel »Obst

und Gemüse und öffentliche Verkehrsmittel billiger« zu machen. Dies schon das Klima und komme den Steuerzahlern unmittelbar zugute, sagte sie.

Hintergrund der Forderung ist der aktuelle Bericht des UBA über »Umweltschädliche Subventionen in Deutschland«, den die Behörde alle zwei Jahre veröffentlicht. Demnach stammten im Jahre 2014 rund zehn Prozent der gesamten Treibhausgasemissionen Deutschlands aus der Tierhaltung, heißt es im Bericht. Deshalb sollte der ermäßigte Mehrwertsteuersatz für Produkte mit umweltschädlichen Wirkungen nicht mehr gelten, schreibt das UBA und verweist auf eine gleichlautende Forderung des Sachverständigenrates für Umweltfragen, dessen Mitglieder immerhin mit Zustimmung des Bundeskabinetts berufen werden.

Der Deutsche Bauernverband wollte das nicht auf sich sitzen lassen. Verbandspräsident Joa-

chim Rukwied bezeichnete es als »völlig unverständlich, wie man die landwirtschaftliche Tierhaltung in die erste Reihe der Klimaauswirkungen stellen kann«. Er verwies auf Energie, Industrie und Verkehr, die »für mehr als 90 Prozent verantwortlich sind«.

Die ernährungspolitische Sprecherin der LINKEN-Fraktion, Karin Binder, gab zu bedenken, dass die Steuererhöhung »vor allem die Lage ärmerer Menschen weiter verschlechtern« würde. Binder forderte von Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt (CSU), »die absurde Exportpolitik für Fleisch und Milch zu stoppen«. Tatsächlich suchen viele Betriebe angesichts sinkender Preise im Inland ihr Glück im Export von Fleisch und werden dabei von der Bundesregierung unterstützt.

Doch die Landwirtschaft spielt nur eine kleine Rolle. »Der größte Teil der umweltschädlichen Subventionen entfällt mit 28,6 Milliarden Euro auf den Verkehrssek-

tor«, unterstreicht das UBA. Allein die Steuerbegünstigung von Diesel schlage mit 7,35 Milliarden Euro zu Buche.

Das Amt sieht auch im Energiesektor »noch große Potenziale für einen Subventionsabbau«. Durch die Ermäßigungen bei Strom- und Energiesteuern für das produzierende Gewerbe entgingen dem Staat »über drei Milliarden Euro pro Jahr«, so das Umweltbundesamt.

Lesen Sie morgen im wochen-nd

Little Syria: Syrische Migranten vor 100 Jahren in New York

Metropolis – Klassiker des Dummfilms

Wo stecken die Aliens?

## Türkei: Lebenslang für hohe Militärs

Zwei Offiziere im Nachgang des Putschversuches verurteilt

Istanbul. Erstmals seit Niederschlagung des Putsches in der Türkei Mitte Juli sind zwei hochrangige Militärs zu Gefängnisstrafen wegen des Umsturzversuchs verurteilt worden. Ein Gericht in der osttürkischen Stadt Erzurum habe die beiden Offiziere am Donnerstag zu lebenslanger Haft verurteilt, meldete die Nachrichtenagentur Anadolu. Die Angeklagten hätten die Vorwürfe bestritten. Die Agentur DHA berichtete, die Militärs seien schuldig befunden worden, »durch Gewaltanwendung die von der Verfassung vorgesehene Ordnung« aufheben zu wollen.

Unterdessen hat ein mutmaßlicher Autobombenanschlag vor dem Justizgebäude in der westtürkischen Metropole Izmir zwei Todesopfer gefordert. Dabei handele es sich um einen Polizisten und einen Gerichtsmitarbeiter, meldete Anadolu. Sieben Menschen seien verletzt worden. Nach der Detonation hätten sich Sicherheitskräfte zudem mit drei Angreifern Schusswechsel geliefert. Zwei von ihnen seien dabei getötet worden, einer sei auf der Flucht. *Agenturen/nd*

## Maduro bildet Regierung um

Änderungen sollen Venezuelas Wirtschaft in Schwung bringen

Caracas. Inmitten der wirtschaftlichen und politischen Krise seines Landes hat der venezolanische Präsident Nicolás Maduro sein Kabinett umgebildet. Die Änderungen sollen in den letzten beiden Jahren seiner Regierung, 2017 und 2018, für Erholung der Wirtschaft sorgen, sagte Maduro am Mittwoch (Ortszeit). Zum neuen Minister für Wirtschaft und Finanzen ernannte er den Wirtschaftswissenschaftler Ramón Lobo. Neuer Minister für Öl und Bergbau wird der Chef der Erdölgesellschaft Citgo, Nelson Martínez. Das Arbeitsressort übernimmt Francisco Torrealba. Insgesamt tauschte Maduro 10 seiner 28 Minister aus.

Bedeutend ist auch die Ernennung des ehemaligen Innenministers Tarek El Aissami zum Vizepräsidenten. Dieser soll sich vor allem um das Thema Sicherheit und den Kampf gegen »Terroristen der extremen Rechten« kümmern, die Kriminelle mit Geld und Drogen kaufen. Sollte Maduro ein Referendum zur Abwahl verlieren, würde El Aissami die Regierungsgeschäfte übernehmen. *dpa/nd*

## Millionenschäden durch Sturmflut

Usedom und Rügen besonders von der Naturkatastrophe betroffen

Rostock. Die stärkste Ostsee-Sturmflut seit zehn Jahren hat an den Küsten Mecklenburg-Vorpommerns und Schleswig-Holsteins Schäden in Millionenhöhe angerichtet. Die Schutzanlagen hielten aber den Naturgewalten am Mittwochabend stand, Menschen kamen nicht zu Schaden.

Besonders getroffen wurden die Inseln Usedom und Rügen mit Abbrüchen an Steilküsten und Dünen. Die Seebrücken in Ahlbeck und Koserow auf Usedom wurden beschädigt. Die Küstenstädte von Flensburg bis Stralsund kamen trotz sehr hoher Wasserstände glimpflich davon. Keller liefen voll, ebenso geparkte Autos. Überflutete Straßen waren gesperrt. »Es war die stärkste Sturmflut seit 2006«, sagte Jürgen Holfert, Leiter des Wasserstanddienstes Ostsee des Bundesamtes für Seeschifffahrt und Hydrographie. An der Ostsee lagen vielerorts die Pegelstände am späten Mittwochabend zwischen 150 und 170 Zentimeter höher als üblich. In Lübeck wurden 1,79 Meter und in Wismar 1,83 Meter gemessen. *dpa/nd*

ISSN 0323-3375



4 198662 501709